

# Gestrandet

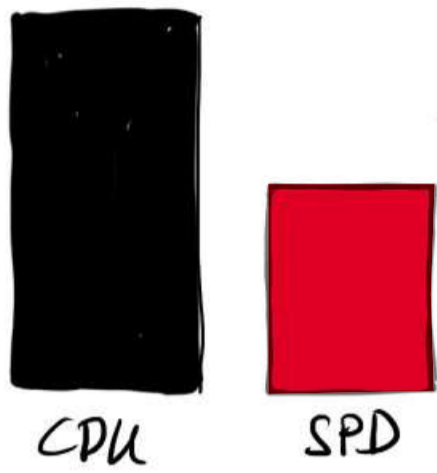


Jana Wagner  
über die Deutsche Bahn

Die Deutsche Bahn ist einmal mehr komplett überfordert. Sie lässt ihre Fahrgäste sprichwörtlich im Regen stehen. Am Bremer Hauptbahnhof waren nach Polizeiangaben mehr als 800 Menschen gestrandet. Der Fahrgast-Verband Pro-Bahn berichtet von stehenden Zügen, in denen Kunden mehrere Stunden im eigenen Saft schmoren mussten – ohne Notbelüftung, Getränke, Essen und Informationen. Das geht gar nicht.

Auch im Katastrophenfall sollte es für einen solchen Konzern möglich sein, seine Kunden zuverlässig zu informieren, für frische Luft und Wasser zu sorgen und einen halbwegs funktionierenden Notverkehr. Zwar kann die Bahn nichts für einen umgestürzten Baum, doch müssen solche Fälle sofort das ganze System zum Erliegen bringen? Nein. Die Bahn muss flexibler werden und in Krisensituationen handlungsfähig bleiben. Daran hängt die Grundsatzfrage: Will das Staatsunternehmen Deutsche Bahn nur fette Gewinne einfahren, oder ist es nicht vielmehr ihre staatliche Aufgabe, für eine gute Infrastruktur zu sorgen? Die Bahn hat sich für die Kohle entschieden, baut Stellen ab und bleibt trotzdem zu träge. Zum Glück können Fahrgäste inzwischen in den Fernbus umsteigen. **Berichte Seiten 1 und 7 politik@weser-kurier.de**

Das ist doch total ungerecht!  
Ich fordere mehr Gerechtigkeit  
in Deutschland!!



Klaus Stuttmann

# Neu gelenkt



Florian Schwiegershausen  
über Daimlers E-Strategie

So schnell kann das gehen. Einen Smart mit Dieselmotor gibt es bereits seit zwei Jahren nicht mehr im Programm. Und nun will Daimler ganz auf Verbrennungsmotoren verzichten beim kleinsten Auto aus der Modellpalette. Laut „Manager-Magazin“ soll spätestens 2021 Schluss sein mit dem Benziner. Damit wolle das Unternehmen die konzerneigene CO<sub>2</sub>-Bilanz entlasten. Denn bis 2021 sieht die EU bei Fahrzeugen als Ziel 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer vor. Ausgerechnet der Smart liegt da beim Fahren auf der Straße zwischen 90 und 110 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer.

Mag die aktuelle Entscheidung die EU positiv stimmen. Ob das allerdings die Kunden positiv stimmt, beim Smart nur noch Elektro zu fahren, muss sich zeigen angesichts der üppigen Preise. So kostet das neue Cabrio-Modell, das ab Juli erhältlich ist, inklusive Umweltbonus von der Bundesregierung knapp 21 000 Euro. Das ist für einen Smart, der nach 155 Kilometern an die Steckdose muss und keinen Platz für den Transport von mehr als einem Kind hat. Wenn da dem Kunden mal nicht zu viel Toleranz abverlangt wird. Aber der Zugzwang bei Daimler muss wohl groß sein, damit es mit der CO<sub>2</sub>-Bilanz klappt. **Bericht Seite 17 florian.schwiegershausen@weser-kurier.de**

# Asozialdemokraten aus Siebenbürgen



Norbert Mappes-Niediek  
über Rumänien

Im Logo der Partei prangen drei rote Rosen. Ein „Glaubensbekenntnis“ aus zehn Punkten verpflichtet die halbe Million Mitglieder auf Chancengleichheit und Multikulturalismus. Aber zusammengehalten wird Rumäniens stärkste Partei vom nackten Interesse – meist exakt in Lei und Euro bezifferbar. Für den Zusammenhalt der Seilschaften sorgen Ehen und Patenschaften. Zum Krach kommt es, wenn das Geld wichtiger wird als die familiär besiegelte Loyalität. Dass am Donnerstag eine sichere Parlamentsmehrheit aus Sozialdemokraten und Liberalen den eigenen Ministerpräsidenten per Misstrauensvotum stürzte, ist mit politischen Argumenten am wenigsten zu erklären. Nur wer weiß, wer für wen arbeitet und warum, darf hoffen, dem Intrigenspiel auf die Spur zu kommen. Der jetzt gestürzte Sorin Grindeanu kam vor einem halben Jahr als treuer Gefolgsmann seines Parteichefs Liviu Dragnea ins Amt. Weil wegen Wahlbetrugs vorbestraft, durfte Dragnea selbst kein Regierungsamt übernehmen – nur das des Parlamentspräsidenten, das er bis heute innehat. Grindeanu, der Statthalter, war der Öffentlichkeit unbekannt. Kaum im Amt, hatte Grindeanu das „Dekret Nummer 13“ erlassen, das seinen Paten Dragnea und andere korrupte Figuren vor Strafverfolgung schützen sollte – wegen „Überfüllung der Gefängnisse“. Anhaltende Proteste machten dem Regierungschef aber so schwer zu schaffen, dass er sich den Zumutungen Dragneas nicht länger ergeben wollte. Das Rückzugsmanöver kostete ihn das Amt.

Der Sieger auf der Walstatt, Liviu Dragnea, gilt in Rumänien als Prototyp des „Barons“, wie die lokalen Parteichefs genannt werden. Überzeugungen oder nur einigermaßen konstante politische Positionen sind bei Dragnea so wenig auszumachen wie bei Ex-Premier Ponta oder Grindeanu. Das System ist nicht auf die PSD beschränkt; in ihrer Regierungszeit bildete auch die Partei von Ex-Präsident Traian Basescu üppige Klientelstrukturen aus. Die kleineren Parteien nehmen an dem Tisch, an dem die Pfünden verteilt werden, bereitwillig Platz. Dass ausgerechnet die politisch konturlosen Sozialdemokraten über das

sondern meist auch ein schönes Vermögen. Als 1996 erstmals die Opposition aus den alten, „historischen“ und lange verfeimten Parteien an die Macht kam, scheiterte sie rasch an mangelnder Erfahrung. Iliescu, persönlich selbst integer, blieb der starke Mann. Hinter ihm konnten die korrupten Netzwerke sich verstecken. Iliescus Nachfolger Adrian Nastase trieb das System auf die Spitze und kassierte dafür später in zwei Urteilen fünf Jahre Gefängnis. Ponta war sein politischer Ziehsohn. An Versuchen, die Partei zu reformieren, hat es nicht gemangelt. Schon von der parteiinternen Machtübernahme Victor Pontas im Jahr 2010 hatte sich eine Gruppe aus Cluj (Siebenbürgen), der zweitgrößten Stadt des Landes, einen Kurswechsel erhofft. Aber die „Reformisten“ um Vasile Dincu und Ex-Innenminister Ioan Rus wurden schwer enttäuscht und enttäuschten auch selbst, als sie sich in die Intrigen um den Parteivorsitz verstrickten.

Immer, wenn es ernst wird, macht die Parteiführung dicht.

dichteste und zäheste Netzwerk in Rumänien verfügen, hat sich zwingend entwickelt. Nach dem Sturz des Diktators Nicolae Ceausescu zu Weihnachten 1989 hatte der kaltgestellte frühere Kronprinz Ion Iliescu mit einer „Front der nationalen Rettung“ die Macht übernommen. Für Parteienpluralismus hatte der KP-sozialisierte Iliescu – und mit ihm die Mehrheit der Bevölkerung – keinen rechten Sinn: Die „Front“ sollte, zur Partei umgewandelt, nach leninistischem Muster die „Avantgarde“ nicht mehr der Arbeiterklasse, sondern nunmehr des ganzen Volkes sein. Von der Kontrolle des Diktators, der Securitate und der ideologischen Bindung befreit, schufen sich die lokalen KP-Kader im ganzen Land nicht nur eine feste Klientel aus Günstlingen,

Trotz solcher Misserfolge nutzen auch wohlmeinende Idealisten die starke Position der Sozialdemokratie, um Reformen durchzusetzen. Als Galionsfigur gilt der erfolgreiche Bürgermeister von Iasi, der Metropole der Moldau im Nordosten, Mihai Chirica. An die Macht an der Spitze kommen die guten Sozialdemokraten nicht heran: Immer wenn es ernst wird, machen von der Parteiführung strategisch besetzte Kommissionen dicht. Wer irgendwo eine Position erobert hat, ist häufig erpressbar. Wer dagegen sauber bleibt, muss erleben, dass die Netzwerke die Notbremse ziehen, wie der Bürgermeister des siebenbürgischen Ciugud: Dass er seinen kleinen Ort mit EU-Geldern zu einer Mustergemeinde herausputzte, bezahlte der Sozialdemokrat jetzt mit dem Parteiausschluss. **politik@weser-kurier.de**

## Kölner Stadt-Anzeiger

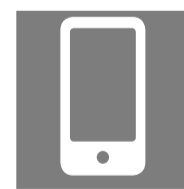
über die Kanzlerkandidatur von Martin Schulz: „Martin Schulz kann Kanzler. Aber kann er diese Wahl gewinnen? Es spricht einiges dafür, dass Schulz bald eine Erfahrung macht, die jeder Fußballer kennt: Vieles ist nutzlos, wenn der Gegner zu stark ist. Sicher, das Programm der Union wird wohl an vielen Stellen diffus bleiben. Aber für viele Wähler kommt es darauf gar nicht in erster Linie an. Sie fühlen sich bei der Kanzlerin in international schwierigen Zeiten gut aufgehoben.“

## Frankfurter Rundschau

über die Wutrede Kretschmanns: „Die Sorge, sein Ausraster drücke die Grünen-Prozente weiter, ist unbegründet. Die Ökopartei mobilisiert derzeit fast nur ihre Kernwählerschaft und die lässt so eine rumpelstilchenartige Neuaufgabe des Fundi-Realo-Konflikts kaum vom Glauben abfallen. Angegrünte Konservative könnten sich durch Kretschmanns Korrektur eher angezogen fühlen als abgestoßen. Atomanstieg sofort, Energiewende jetzt, Wettrüsten stoppen. Den Grünen hat es immer gut getan, mit klaren Zielen aufzutreten.“

## Stuttgarter Zeitung

zum Streit um Kohl: „Jeder Mensch trauert auf seine Art. Der Tod Helmut Kohls und der Umgang mit seinem Ableben ist anders als alles bisher Erlebte. Er zeigt, wie machtvoll man Trauer zelebrieren und wie man sich eines Toten auf vielerlei Weise bemächtigen kann. Je länger sich die Spanne zwischen Sterbestunde und Begräbnis zieht, desto verstörender wirkt das Geschehen selbst auf Unbeteiligte, und desto mehr Raum für würdelose Mutmaßungen gibt es, was im Haus in Oggersheim gerade geschieht.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

**WESER KURIER**  
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN  
**Bremer Nachrichten**  
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE  
**Verdener Nachrichten**  
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinistraße 43, 28195 Bremen  
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig  
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner  
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner  
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg · Wirtschaft: Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Jörg Niemyer (komm.)  
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Bernhard Kommesker (komm.) · Leiter Zentralredaktion: Markus Peters  
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann · Art-Direktor: Franz Berding · Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)  
Büro Hannover: Peter Miodoch · Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.  
Für den Anzeigenteil verantwortlich: David Koopmann, Tanja Bittner  
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.  
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000  
Abonnenten-Service: Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020  
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de  
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de  
Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr): Telefon: 0800/3671222\*  
\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen  
Redaktion: Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000  
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de  
redaktion@bremer-nachrichten.de  
Anzeigenannahme: Telefon: 0421/36716655  
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)  
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)  
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de  
anzeigen@bremer-nachrichten.de

## Lothar Probst/Philip Manow über die Universität Bremen

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut und muss geschützt werden. Insofern ist es gut, wenn Gerichte die Grenzen für die Freiheit der Kritik, auch wenn sie beißend und polemisch ist, weit ziehen. Das hat das OLG Köln in dem Rechtsstreit Asta der Universität Bremen gegen den Berliner Historiker Baberowski getan. Ist das aber ein „Sieg der Meinungsfreiheit“, wie unser Kollege Fischer-Lescano in seinem Gastkommentar vom 5. Juni meint? Gerade nicht, denn der Bremer Asta nutzt aus dem Kontext gerissene Zitate und deren höchst böswillige Interpretation zur Etikettierung ihm politisch unliebsamer Äußerungen als

# Das Recht auf freie Rede

„rassistisch“, um dann auf dieser Grundlage eigenmächtig Sprechverbote, mit Drohungen untermauert, an der Universität Bremen auszusprechen. Wenn der Asta meint, Professor Baberowski wäre rassistisch, warum strengt er dann keine Klage wegen Volksverhetzung an? Sie wäre völlig aussichtslos, weil dessen Positionen, so kontrovers und zugespitzt sie sein mögen, genau durch jene Meinungsfreiheit gedeckt sind, in deren Namen der Asta meint, ihm das Recht auf freie Meinungsäußerung entziehen zu dürfen. Hier maßt sich eine kleine Gruppe, die bei einer Wahlbeteiligung von knapp über neun Prozent bei den Studierendenratswahlen nur von einer kleinen Minderheit aller Studierenden ein Mandat erhalten hat, an, autoritativ darüber zu verfügen, was im Meinungsstreit gesagt werden darf und was nicht. Das als Kampf für die Meinungsfrei-

heit umzudeuten ist alles andere als couragiert. Im Gegenteil: Es ist anti-demokratisch, anti-pluralistisch, feige und tödlich für eine wissenschaftliche Diskussionskultur. Dahinter verbirgt sich ein unter dem Deckmantel des „Antirassismus“ verkleideter Fundamentalismus, der jede Form einer kritischen Auseinandersetzung mit den Konflikten, die im Rahmen von Zuwanderung entstehen, tabuisieren will. Gegen diese Tendenz, so meinen wir, ist Widerspruch aus der Universität überfällig, zumal sich der Vorgang in eine Reihe von bedenklichen Vorkommnissen der letzten Jahre und der jüngsten Zeit einreihet: Die Sprengung einer pluralistisch besetzten Podiumsdiskussion zum Thema „20 Jahre Asylkompromiss“ durch den Aufmarsch aggressiver Claqueure, Schmierereien an Bürotüren mit unverhohlenen Drohungen gegen einzelne

Dozenten, diffamierende verbale Angriffe, die vor über Nachrede und Falschdarstellungen nicht zurückschrecken, wie in der jüngsten Ausgabe einer „hochschulpolitischen Zeitung“ – wir sind der Meinung, dass die Universität als Ort der freien Rede und des respektvollen Austragens von Kontroversen gegen solche Tendenzen verteidigt werden muss.



Unsere Gastautoren Lothar Probst war bis 2016 Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Philip Manow ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.